



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2015

---

## **Religion, Satire und Recht**

Langer, Lorenz

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-106856>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Langer, Lorenz. Religion, Satire und Recht. In: Neue Zürcher Zeitung, 11, 15 January 2015, 21.

## Die Schule des Extremismus

*Die Biografien französischer Terroristen ähneln sich: Häufig erfolgt eine Radikalisierung im Gefängnis. Das offenbart einen gefährlichen Schwachpunkt. Von Andreas Rüesch*

«Aux armes, citoyens!» Der Aufruf zu den Waffen ertönte am Dienstag in der französischen Nationalversammlung aus Hunderten von Kehlen. Mit der jüngsten Terrorwelle haben die Worte der Marseillaise plötzlich einen neuen Klang erhalten. Frankreich befindet sich im Krieg, wie Premierminister Valls in einer fulminanten Rede festgehalten hat. Aber anders als in der Nationalhymne sind es diesmal keine ausländischen Kohorten, die «la patrie» bedrohen. Der gewaltbereite Islamismus ist ein Feind, der sich zwar einer ausländischen Ideologie bedient, der aber in Frankreich selber längst Wurzeln geschlagen hat. Auf 1000 bis 1500 wird die Zahl der Franzosen geschätzt, die sich dem Jihad verschrieben haben. Sie schärfer zu überwachen, stellt eine der grossen Herausforderungen dar. Manche dieser Extremisten sind derart gefährlich, dass man sie nicht frei herumlaufen lassen kann. Doch selbst hinter Gefängnismauern können sie eine Bedrohung darstellen – als Prediger des Hasses, die ihre Botschaft in immer neue Köpfe eintrichtern. Diesem Problem wird Frankreich künftig kaum noch mit der bisherigen Nonchalance begegnen können.

### «Experten» in nächster Nähe

Die bekanntesten französischen Terroristen der letzten Jahre haben alle etwas gemeinsam: Es sind junge Männer, deren Vorfahren aus Nordafrika stammten, die aber in Frankreich aufwuchsen, meist in zerrütteten Familienverhältnissen, und früh mit dem Gesetz in Konflikt kamen. Bei jedem findet sich im Lebenslauf eine Bruchstelle, an der er sich vom Kleinkriminellen zum blutrünstigen Terroristen entwickelte. Allzu häufig steht diese Radikalisierung in Zusammenhang mit einem Gefängnisaufenthalt. Mohammed Merah, der 2012 in der Region Toulouse sieben Personen erschoss, hatte seine «Konversion» zum Islamismus vier Jahre zuvor hinter Gittern erlebt. Mehdi Nemmouche, der mutmassliche Urheber des Attentats auf das jüdische Museum in Brüssel, schloss sich 2013 unmittelbar nach dem Verbüssen einer Haftstrafe der Terrormiliz Islamischer Staat an. Instruktiv ist auch der

Fall von Chérif Kouachi und Amedy Coulibaly, zwei der drei Männer, die letzte Woche Paris terrorisierten. Die beiden hatten sich vor einem Jahrzehnt in der Anstalt von Fleury-Mérogis bei Paris, Europas grösstem Gefängnis, kennengelernt und waren dort unter den Einfluss des Terroristen Djamel Beghal geraten. «Das Gefängnis ist die verdammt beste Schule der Kriminalität», gab Coulibaly später zu Protokoll. Da treffe man auf korsische, baskische und muslimische Terroristen, Räuber, Schieber und Mörder. So gewinne man «jahrelange Erfahrung».

### Die nächste Generation von Terroristen

Coulibaly und Kouachi schlüpfen nach ihrer Freilassung durch alle Maschen der Überwachung. Was kann man tun, damit solche Delinquenten gar nicht erst zu Jihadisten mutieren? Teil einer Lösung muss eine neue Gefängnispolitik sein. Etwa jeder zweite Häftling in Frankreich ist Muslim, und derzeit fällt es Terrorideologen allzu leicht, unter jungen, perspektivlosen oder auch psychisch instabilen Insassen Sympathisanten anzuwerben. Chronische Platznot und ein Klima der Gewalt hinter den Gefängnismauern erleichtern es, die Wut auf den Staat anzustacheln. Solange es an Aufsichtspersonal mangelt, ist solche Indoktrination schwierig zu verhindern.

In einer Anstalt läuft nun ein Versuch, Islamisten von den übrigen Insassen zu isolieren. Doch dies ist eine zweischneidige Massnahme, da man dadurch die hartgesottensten Extremisten vereint und sammenschweisst. Nötig ist wohl auch ein Programm zur aktiven De-Radikalisierung, unter anderem durch islamische Gefängnisprediger, von denen es viel zu wenige gibt, die aber der kruden Pseudoreligion der Jihadisten entgegenwirken könnten. Sollen die Gefängnisse keine Brutstätten des Terrors sein, sind ausgeklügelte Mittel nötig – umso mehr, als Frankreich mittelfristig mit der Rückkehr von Hunderten von Jihadisten aus Syrien konfrontiert sein wird. Sie für ein paar Jahre ins Gefängnis zu stecken, ist keine beruhigende Perspektive, wenn man bedenkt, dass sie dort fast ungehindert missionieren und künftige Terrorzellen aufbauen können.

## «Big data» im Bundeshaus

*Der automatische Informationsaustausch erreicht auch die Schweiz. Das ist unvermeidbar, aber kein Grund, alle liberalen Prinzipien über Bord zu werfen. Von Peter A. Fischer*

«Reiche», die vielleicht nicht genug Steuern bezahlen? Unternehmen, die unter Umständen mit fremden Steuerbehörden zu einer vorteilhaften Über-einkunft kommen? Oder einfach leere Staatskassen? Gegen all das helfen soll seit einiger Zeit das Wundermittel erzwungene Transparenz. Ein automatischer Informationsaustausch (AIA) oder zumindest ein spontaner Austausch von Daten soll diese herstellen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat globale Standards, technische Systeme, multilaterale Konventionen und Mustervereinbarungen entwickelt, die es nun umzusetzen gilt. Im «Beamtenhimmel» werden viele neue Stellen frei: Es braucht bald Steuerbeamte, die entscheiden, welche der vielen Verfügungen wie «spontan» ausgetauscht und in welche Sprachen übersetzt werden sollen. Millionen von Daten, die Auskunft geben über Kontoinhaber, Kontostände, erzielte Erträge und Wertzuwächse müssen bearbeitet werden. Ein wahres Paradies für «data miners» kündigt sich an.

### Zweifelhaftes Misstrauensprinzip

All dies wird hohe Kontrollkosten verursachen, aber kaum zu mehr Steuerehrlichkeit führen. Der Übergang zum AIA kommt in erster Linie einem Wechsel vom Vertrauens- hin zum Misstrauensprinzip im Verhältnis zwischen Bürger und Staat gleich, nach dem Motto «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser». Das dürfte Ehrlichkeit und Moral längerfristig abträglich sein. Die Eidgenossenschaft hat sich deshalb lange Zeit für Quellensteuern statt des AIA eingesetzt. Doch gegen die staatsgläubige Mehrheit der OECD-Staaten stand sie damit zunehmend allein auf weiter Flur. Der AIA setzt sich als internationaler Standard durch. Ein Land und eine Wirtschaft, die derart global ausgerichtet sind wie die Schweiz, können sich dem nicht entziehen. Es ist deshalb richtig, dass sich der Bundesrat daranmacht, in einem für hiesige Verhältnisse forschen Tempo die Voraussetzungen für eine schlanke Umsetzung der neuen Regeln zu schaffen. Ohne päpstlicher zu sein als der Papst, sollte es sich die Schweiz

damit ersparen, wieder auf «schwarzen Listen» zu landen. Geht alles nach Plan, werden bereits in gut drei Jahren mit ersten Ländern automatisch Daten ausgetauscht werden können.

### Liberale Distanz gegenüber naiver Euphorie

Diese Aussicht hat auch im Bundeshaus Begeisterung für «big data» aufkeimen lassen. In einem eigenartigen Anflug argumentativer Verrenkung erklärte am Mittwoch Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, vom Ausland reziprok zu liefernde Daten müssten auch den Schweizer Steuerämtern automatisch zugänglich sein und von diesen frei verwertet werden dürfen. Das sei keine Verletzung des Vertrauensprinzips. Wer sich bei der Kontrolle als des Vertrauens nicht würdig erweise, verdiene dieses nicht. Kontrolle ist also doch besser als Vertrauen.

Dabei darf sich die Finanzministerin in Übereinstimmung mit grossen Teilen der Finanzbranche sehen. Viele Banker würden inzwischen auch das Bankgeheimnis im Inland am liebsten auf den Müllhaufen der Geschichte werfen. Sie fürchten die Kosten, die von unterschiedlichen Regelungen für Inländer und Ausländer ausgehen, sowie Anreize für Unehrlliche, Vermögen im Ausland zu halten.

Die Partikularinteressen von Banken sowie Steuer- und Finanzbeamten sind allerdings nicht Grund genug, alle liberalen Prinzipien über Bord zu werfen. Auch wenn die Schweiz dem Ausland automatisch Daten liefert, kann sie ihre traditionelle Selbstbeschränkung aufrechterhalten und vom Ausland erhaltene Daten Steuerbeamten im Inland nur auf begründeten Verdacht hin liefern. Die Ungleichbehandlung von ausländischen und inländischen Konten von Schweizer Bürgern überzeugt nicht. Der Entscheid darüber, wie viel Bankgeheimnis und Vertrauen der Schweizer Bürger im Verhältnis zu seinem Staat noch will, sollte ihm überlassen werden.

Es ist deshalb zu hoffen, dass in Vernehmlassung und parlamentarischer Beratung die Chance genutzt wird, gegenüber einem naiv unkritischen Glauben an «big data» auf liberale Distanz zu gehen.

### «Charlie Hebdo»

## Religion, Satire und Recht

Von Lorenz Langer

Heute sind wir alle «Charlie». Als aber die Satirezeitschrift «Charlie Hebdo» im Februar 2006 mit dem Wiederabdruck der dänischen Mohammed-Karikaturen erstmals für Aufruhr sorgte, war das Echo überwiegend kritisch. Der damalige französische Staatspräsident Jacques Chirac verurteilte sie als offensichtliche Provokationen, die in gefährlicher Weise Emotionen schürten. Anders als seine Tochter heute missbilligte auch Jean-Marie Le Pen die Zeichnungen (nicht, ohne bei dieser Gelegenheit aber gleichen Respekt für die Gefühle christlicher Gläubiger zu fordern). Der damalige britische Aussenminister Jack Straw meinte ebenfalls, Pressefreiheit bedeute nicht Freiheit zur unnötigen Provokation; der Abdruck der Karikaturen sei beleidigend, unsensibel, respektlos und falsch. Javier Solana, damaliger Repräsentant der Union für Aussenpolitik, betonte, Pressefreiheit müsse religiöse Symbole achten. Und selbst die amerikanische Regierung äusserte sich kritisch: Das Aussenministerium liess verlauten, es sei inakzeptabel, auf diese Weise religiösen Hass zu schüren.

Es mutet etwas seltsam an, dass blasphemische Karikaturen erst – aber dann mit grossem Eifer – als essenzielles Schutzobjekt der Meinungsäusserungsfreiheit anerkannt werden, nachdem ihre Schöpfer Opfer eines brutalen Attentats geworden sind. Prinzipielle Überlegungen zum Umfang der Redefreiheit und zur rechtlichen Qualifikation von Satire müssten doch eigentlich unabhängig von ihren Folgen gelten. Und hier haben die Zeichnungen von «Charlie Hebdo», aber auch diejenigen von «Jyllands-Posten», doch eine wichtige Klärung gebracht. In der gegenwärtigen Welle der Solidarität für das Satiremagazin wird zwar vergessen, dass auch weiterhin die Redefreiheit kein absolutes Recht, ihre Ausübung vielmehr (wie EMRK und Uno-Menschenrechtspakt festhalten) mit Pflichten und Verantwortung verbunden ist. So bleibt in zahlreichen Staaten faschistische Propaganda

strafbar, und noch diesen Monat wird die Schweiz in Strassburg dafür plädieren, dass die Leugnung des Genozids an den Armeniern strafbar bleiben soll. Selbst in den USA, wo Holocaustleugnung und Hundekampffilme geschützt sind, können Meinungsäusserungen verboten werden, wenn sie unmittelbar zu Gewalt führen.

Gesagt werden darf zwar nicht überall alles; entscheidend ist die Motivation, die einer Einschränkung zugrunde liegt. Wirft man aber einen Blick auf Verfahren, die gegen religionskritische oder aus Sicht von Gläubigen blasphemische Karikaturen angestrengt wurden, zeigt sich, dass diese in westlichen Ländern eingestellt wurden oder mit Freisprüchen endeten, während Redaktoren u. a. in Russland, Jordanien und Jemen mit Busse oder Gefängnis bestraft wurden. Die französische Justiz hat einen früheren Chefredaktor von «Charlie Hebdo», Philippe Val, vom Vorwurf der Beleidigung und der religiösen Diskriminierung freigesprochen. Der Appellationsgerichtshof hielt fest, die Karikaturen zielten nicht auf die Kränkung von Muslimen, sondern seien Teil eines öffentlichen Diskurses über die Gefährdung freier Rede durch Polemiken und Extremismus.

In der Folge stand das Schlagwort der «Religionsdiffamierung» für den Versuch vor allem muslimischer Staaten, auf internationaler Ebene die Religion als Telos des Völkerrechts wiederzubeleben: Die Grenzen der Meinungsäusserungsfreiheit sollten unter Berücksichtigung religiöser Dogmen neu und enger gezogen werden. Entsprechende Versuche sind auf globaler Ebene gescheitert. Religion bleibt zwar auch unter einem durch die Idee individueller Menschenrechte geprägten Rechtsregime geschützt, aber innerhalb von Grenzen, welche nicht die Religion selber zieht.

.....  
**Lorenz Langer** ist Lehrbeauftragter an der Universität Zürich und Autor des Buches «Religious Offence and Human Rights».

## Kein Tabu für Karikaturen

Von Peter Studer

In Europa – auch in der Schweiz – demonstrierten Freiheitsfreunde und Journalisten gegen das Attentat auf die Zeitschrift «Charlie Hebdo». Die Diskussion darüber, was die Satire im Bereich des Religiösen zu suchen hat, wogt seit langem. Der bekannte Zeichner Manfred Deix skizzierte anno 2000 sarkastisch verzerrte Gottesbilder – etwa einen auf die Weltkugel scheissenden Bärtigen – zur Textstudie «Was ist Gott» in «Das Magazin»: Die Bezirksanwaltschaft stellte nach einer rechtskatholischen Strafanzeige die Strafuntersuchung ein, denn der Zeichner karikiere nicht «Gott», sondern die unbeholfenen Versuche der Menschen, sich Gott vorzustellen.

Einen grossen Wirbel verursachte 2005/06 die Seite mit zwölf Mohammed-Karikaturen in der dänischen Boulevardzeitung «Jyllands-Posten». In der Folge kam es zu Ausschreitungen in islamisch dominierten Ländern, bei denen über hundert Menschen starben. Auch in Schweizer Redaktionen stellte sich die Frage: Darf man den Anlass mit Karikaturen aus der dänischen Zeitung belegen? Der Riss ging quer durch die Medienhäuser: Die «NZZ am Sonntag» zeigte eine Karikatur, die NZZ nicht; bei Tamedia brachte die «Sonntags-Zeitung» ein Beispiel, der «Tages-Anzeiger» nicht; bei der SRG strahlte Télévision Suisse Romande eine Karikatur aus, das Fernsehen DRS keine.

Zahlreiche Redaktionen fragten beim Schweizer Presserat, der «medienethischen Selbstregulierungsinstanz» der Branche, nach: Darf man – oder darf man nicht? Das Präsidium antwortete damals sogleich: «Es ist publizistisch völlig unbefriedigend, einen solchen Kulturkonflikt textlich zu beschreiben, ohne zeichnerische Belege abzubilden.» NZZ und «Tages-Anzeiger» kritisierten den Presserat dafür auf ihren Frontseiten scharf. Es sei unverantwortlich, sich medienethisch über die grossen britischen Qualitätszeitungen zu erheben. Natürlich gehe es auch «um das hohe Gut der

Pressefreiheit; aber muss man von diesem Recht immer und unbedingt Gebrauch machen, ohne Respekt für die religiösen Empfindlichkeiten von Mitbürgern?», schrieb die NZZ.

Auch schweizerische Kommentatoren haben dieser Tage den berühmten Satz des Satirikers Kurt Tucholsky von 1919 nachgebetet: «Was darf die Satire? Alles.» Der Jurist Tucholsky wusste selber, dass das nicht stimmt. Die schweizerische Bundesgerichtspraxis bezeichnet Karikaturen unter gewissen Umständen als Persönlichkeitsverletzung – etwa bei faktenwidriger Unterstellung strafbaren Verhaltens. Strafrechtlich errichtet Art. 261 StGB sogar eine explizite Schranke: «Wer eine verfassungsmässig gewährleistete Kultushandlung [oder Glaubensüberzeugung] [. . .] verspottet, wird mit Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen bestraft.» Allerdings muss die Verspottung «öffentlich» erfolgen, nicht im kleinen Kreis, dies zudem «in gemeiner Weise» oder «böswillig». Nicht als «böswillig» hätte zweifellos die vor zehn Jahren meistzitierte dänische Karikatur aus der Zwölferserie gegolten: Mohammed, aus dessen Turban ein Bömbchen ragt, was auf den Missbrauch der Koran-Texte durch salafistische Terroristen anspielt.

In der Stellungnahme von 2006, die auch an internationalen Medientagungen diskutiert wurde, folgte der Schweizer Presserat: Schweizer Medien können nicht von vorneherein auf ein besonders von Fundamentalisten beschworenes islamisches Gebot verpflichtet werden, den Propheten nicht abzubilden; ebenso wie andere Religionen muss sich auch der Islam in der Schweiz Karikaturen und erst recht Berichte über Karikaturen gefallen lassen – ein Ergebnis der säkularen Kulturentwicklung Westeuropas seit 1798.

.....  
**Peter Studer** war Chefredaktor des «Tages-Anzeigers» und später des Schweizer Fernsehens. Heute schreibt der Jurist über Medienrecht und Kulturrecht (zit. Stellungnahme: www.presserat.ch, 12/2006).